

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

1989 – war die Wiedervereinigung ein Selbstläufer?

Auch wenn das Jahr 1989 in die Weltgeschichte einging, mit den Ereignissen in Prag, Budapest oder Berlin, so wird niemand den Anspruch erheben, dass er alles so erwartet oder gar geplant hatte. Auch Helmut Kohl wurde erst im Nachhinein zum „Kanzler der Einheit“. Ein „Selbstläufer“ war der Weg zur Wiedervereinigung nicht.

Ein „Fahrplan“ zur Wiedervereinigung hatte nämlich niemand entworfen. Auch eine knallharte Wiedervereinigungsrhetorik oder auch die Einforderung von Menschenrechten, wie zum Beispiel Reisefreiheit, war damals nicht unbedingt Sache der offiziellen Politik. Als die DDR-Bürger über Budapest nach Passau oder Vilshofen kamen, beschränkte sich der am 11. September 1989 zur „Passauer Neuen Presse“ geeilte Sprecher der Bundesregierung, Jonny Klein, auf die Wiedergabe der Meinung des Bundeskanzlers, dass „vor den Augen der Welt die schwere menschliche Tragik der europäischen und mithin der deutschen Teilung“ gekennzeichnet sei. Bis diese „Monströsität der Geschichte“ überwunden sei, so wurde Kohl zitiert, müssten die beiden deutschen Staaten in Deutschland alles unternehmen, um den Menschen zu helfen. Die DDR solle die Zeichen der Zeit im Hinblick auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft erkennen. Zu mehr ließ sich der Bundeskanzler nicht hinreißen. Die Regierung musste natürlich mit allem verantwortungsvoll umgehen. Verantwortungsvoll deshalb, weil Berlin 1953, Budapest 1956 oder Prag 1968 unvergessen waren. Damals hatte die brutale Militärmacht der Sowjetunion und ihrer Helfershelfer jegliche Schritte zur Freiheit beendet. Niemand konnte vorhersagen, wie Moskau dieses Mal reagieren würde. Die Gefahr eines Weltkriegs konnte nicht ausgeschlossen werden – und kein demokratischer Politiker hätte sich gern als Auslöser eines derartigen Weltenbrandes gesehen. So drängten die einen zwar zu mehr Aktivitäten. Die anderen aber wehrten sich – aus unter-

schiedlichen Gründen – gegen die Veränderung des „Status Quo“. Man hatte sich ja ganz gut eingerichtet in der zerteilten Welt. Besonders die Bundesrepublik Deutschland hatte ihren Nutzen davon.

Dramatische Nachrichten seit dem Sommer 1989

Vor genau 20 Jahren brachen jeden Tag unglaubliche Nachrichten auf die Menschen herein. Die Dramatik in der Botschaft in Prag mit dem „Erlösungsbesuch“ durch Außenminister Hans-Dietrich Genscher sowie die Zugfahrt von Hunderten DDR-Bürgern aus Prag über Dresden nach Hof in den ersten Oktobertagen 1989 bewirkte wohlige Schauer. Es gab aber auch besorgte Reaktionen, wo das alles noch hinführen sollte. Man fühlte sich natürlich als Zeitzeuge einer unvorstellbaren Dramaturgie, aber ebenso als hilfloser Nebendarsteller. Auch die Politiker in Bonn wussten nicht so richtig, wo die Reise hingeht und wie sie besten Gewissens dabei handeln sollten. Sie staunten über die große Montagsdemo am 9. Oktober 1989 in Leipzig mit der Forderung „Wir sind das Volk“. Die große Boulevard-Presse wie BILD drängelte jetzt zu mehr Aktivitäten, die „linientreueren“ Linksmagazine warnten vor hitzköpfigen Handlungen. Führende SPD-Politiker wie Oskar Lafontaine hatten gerade eine neue Liebe zur SED entdeckt. Willy Brandt, der Monate später mit seinem Satz berühmt wurde „Es wächst zusammen, was zusammengehört“, war noch im Oktober 1989 bei seinem Moskauer-Besuch auf Distanz zu „deutschen Träumen“ gegangen. Später zitierte ihn DER SPIEGEL mit den Worten: „Die Wiedervereinigung

bedeutet eine Rückkehr zur Vergangenheit, was erstens unmöglich ist und zweitens nicht unser Ziel sein kann.“ Der Deutsche Bundestag wickelte sein Herbstprogramm ab wie jedes Jahr, vor allem mit den Beratungen zum Bundeshaushalt 1990, der erstmals seit Jahren wieder eine äußerst geringe Neuverschuldung erbringen sollte. Finanzminister Theo Waigel, seit April 1989 im Amt und mit der Veränderung der unpopulären Quellensteuer seines Vorgängers erst richtig in Fahrt gekommen, hoffte mit seinem ersten Etat auf Erfolg. Doch es kam alles anders, ganz anders.

Der Griff in das Rad der Geschichte

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie finanzielle Abhängigkeit hatten seit den 1970er Jahren immer mehr bisher streng abgeschottete sozialistische Länder zum Kontakt mit „dem Westen“ verführt. Das Zauberwort „Joint Ventures“, gemeinsame Unternehmen, tauchte auf und wurde in der Sowjetunion genauso wie in China oder in Ungarn und in Rumänien angewandt. Nur mit der DDR traute man sich nicht oder wollte auch nicht. Durch die dramatischen Ereignisse mit den DDR-Flüchtlingen wurden die Abgeordneten in Bonn immer aufgeregter. Sie forderten von ihrer Regierung mehr Taten zur Verbesserung der Lage der Menschen, zumal die BILD-Zeitung nahezu jeden Tag die politischen Zauderer dazu aufrief, mehr für die Bürger der DDR („Deutsche“) zu tun und die Chance der Zusammenarbeit zu ergreifen. Da tauchte dann häufiger der Begriff „Joint Venture“, aber auch „Konföderation“ auf. Letzteres

Wort sollte ein möglichst enges Zusammenwirken beider deutscher Staaten mit dem Ziel des Zusammenwachsens beschreiben.

So kam es, dass ich am 26. Oktober 1989, als Helmut Kohl erstmals mit dem neuen SED-Chef Egon Krenz telefonierte, spontan zum Telefon griff und gegenüber dem Bonner BILD-Korrespondenten Richard Voelkel unter Anspielung auf die Namen Kohl und Krenz („K. und K.“, österreichisch-ungarische Doppelmonarchie!) das Schlagwort „Konföderation“ erwähnte und zusätzlich, was keiner sonst in Deutschland wagte, den sofortigen Abriss der Mauer und einiges mehr forderte. Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte ich schon ab 1987 – gemeinsam mit anderen Abgeordneten, besonders um Bernhard Friedmann herum, dem späteren Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs – die Abhängigkeit des Warschauer Pakts von westlicher Wirtschafts- und Finanzkraft beschrieben und das Ende der

Hoher CSU-Politiker: Krenz Vize-Kanzler

Von RICHARD VOELKEL

Bonn – Der Wandel in der DDR hat den Bundestagsabgeordneten und Strauß-Vertrauten Dr. Klaus Rose (48, CSU) zu einem kühnen Vorschlag beflügelt: „Im Interesse aller Menschen im geteilten Deutschland“ sollte es eine Konföderation mit der DDR geben. „Ich appelliere an Kanzler Kohl, jetzt die Initiative zu ergreifen.“ In einem solchen Staatenbund würden die DDR und ihr Staatsratsvorsitzen-

derselbständig bleiben. „Egon Krenz sollte zusätzlich unter Kanzler Kohl das Amt des Vizekanzlers erhalten“, erklärte Rose, der als stellv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses eine wichtige Rolle spielt. Seite 7

Hoher CSU-Politiker Krenz Vize-Kanzler unter Kohl

Fortsetzung v. S. 1

Der Abgeordnete Rose bezog sich ausdrücklich auf das 20-Minuten-Telefonat, das Kohl und Krenz am Donnerstag miteinander führten. „Gespräche nach K.(ohl)-u.-K.(renz)-Diplomatie sind zwar wünschenswert, bewegen aber kaum etwas. Deshalb eine Konföderation, ähnlich der K.-u.-k.-Monarchie (Öster-

reich-Ungarn), die ja halbwegs funktioniert hat.“

Strauß-Zögling Rose schlug vor, daß im Rahmen eines solchen Staatenbundes Bundestag und Volkskammer einmal monatlich im Berliner Reichstag tagen. Tagesordnungspunkt Nr. 1: „Sofortiger Abriss der Mauer, weg mit Stacheldraht, Todesstreifen, Stasi.“

Roses Pläne zur Wirtschaft: Gründung deutsch-deutscher Firmen, zum Beispiel in der Autoindustrie, Elektronik, Maschinenbau. Der Abgeordnete: „Warum soll der Arbeiter in Magdeburg nicht auch Golf fahren können? Das ist besser, als weiter Milliarden in die DDR zu pumpen, die von SED-Funktionären verwirtschaftet werden.“

Samstag, 28. Oktober 1989 - 50 Pf

Nr. 252/45 • DRUCK IN MÜNCHEN • C 8755 A • ***

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

Sowjetunion erwartet. So war es jetzt, 1989, denkbar, auch die DDR-Führung „in die Zange zu nehmen“.

Die BILD-Zeitung brachte die Kernaussagen meines Telefonats zwar als Aufmacher auf Seite Eins, aber mit einer „eigenwilligen“ Schlagzeile. Diese veranlasste sofort den Bundeskanzler zu einem Brief an mich. Helmut Kohl hatte zwar von Egon Krenz vernommen, „dass es bei der Existenz zweier deutscher Staaten gut miteinander auszukommen gelte“.

Von einer Konföderation mit ihren möglichen Konsequenzen wollte er aber (noch) nichts wissen. Erst vier Wochen später – die Mauer war tatsächlich am 9. November nach der sensationellen Schabowski-Pressekonferenz und der tückischen Nachfrage des italienischen Journalisten Ricardo Ehrmann zur Reisefreiheit nicht mehr zu halten gewesen – zeigte sich Kohl mutiger. In einem seiner berühmten „10 Punkte“ vom 28. November 1989 erklärte er bei den Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag: „Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen.“ Bundeskanzler Helmut Kohl hatte somit der verutzten Welt und den noch verutzteren DDR-Führungskräften den Weg von zwei selbständigen Staaten über eine Art „Konföderation“ hin zum Bundesstaat angeboten. Er hatte ausdrücklich auf die deutsche Geschichte verwiesen, indem er im Bundestag wörtlich sagte: „Staatliche Organisation in Deutschland hieß in unserer Geschichte fast immer auch Konföderation und Föderation. Wir können doch auf diese historischen Erfahrungen zurückgreifen. Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, weiß heute niemand. Dass aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.“ Der Griff in das Rad der Geschichte war nun gelungen.

Erst jetzt entwickelte sich dieser von der Linksopposition massiv abgelehnte Gedanke des „Zusammengehens“ zur späteren realen Wiedervereinigung. Erst jetzt konnte man – bei vielen Hürden, Mühen und Widerständen – von einem „Selbstläufer“ sprechen, der am 3. Oktober 1990 die „Vereinigungsfeier“ am Brandenburger Tor erbrachte. Denn die Deutschen in Ost und West waren nicht mehr aufzuhalten („Wir sind das Volk“ – „Wir sind ein Volk“!). Bis zur unerwarteten

Maueröffnung aber war mehr „Zögern und Zaudern“ die Leitlinie. Einige Journalisten und Politiker im oft beschaulichen Bonn hatten also vorpreschen müssen.